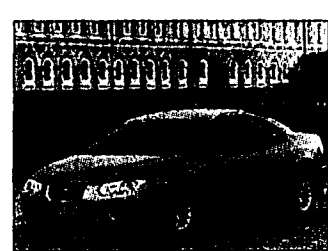


Volkssblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 120. Jahrgang, Nr. 208

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51 · Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55 · Fax Inserate (075) 237 51 66
Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71 E-Mail-Adresse / flvobla@flvobla.LOL.li · Internet-Adresse: http://www.lol.li/volkssblatt



MOBIL-EXTRA

Reinrassiges Sportcoupé

Mit dem TT Coupé von Audi kommt Ende Oktober 1998 ein reinrassiger Sportwagen auf unseren Markt. Seite 13



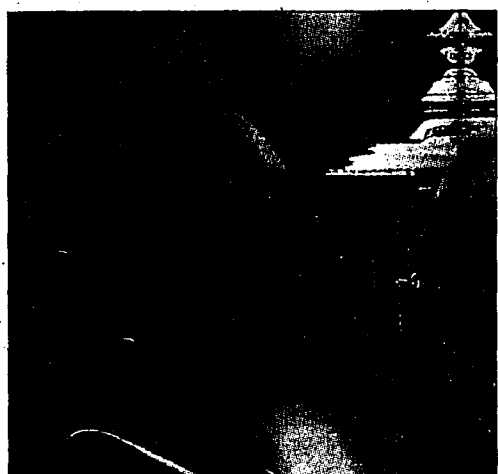
MODE

Individueller Mix

In der kommenden Saison unterwirft sich die Mode keineswegs irgendwelchen festen Regeln! Seite 16

TAGESSCHAU

Rafter verteidigte seinen Titel



Patrick Rafter hat in New York zum zweiten Mal hintereinander das US Open gewonnen. Im ersten rein australischen Final seit 1970 bezwang er als Nummer 3 gesetzte Rafter seinen ungesetzten Kumpel Mark Philippoussis (ATP 22) 6:3, 3:6, 6:2, 6:0. Rafter wird dank dieses Erfolges in der Weltrangliste von Platz 3 auf 2 vorrücken, Philippoussis ist neu 14. Seite 19

Kein freies Schalten für Erzbischof Haas

MAUREN: Erzbischof Wolfgang Haas darf bei Besetzungen von Prieſterstellen nicht nach eigenem Gutdünken schalten und walten, zumindest in der Gemeinde Mauren nicht. Ein gestern vorgestelltes Gutachten kommt zum Schluss, dass die Gemeinde ihren Pfarrer selber bestimmen darf. Gemäss Gutachten von Prof. René Pahud de Mortanges, Ordinarius für Rechtsgeschichte und Kirchenrecht an der Uni Freiburg, hat Mauren ein Präsentationsrecht für den Ortspfarrer. Bei einer Demission des Pfarrers kann die Gemeinde dem Bischof einen Nachfolger vorschlagen. Würde Erzbischof Haas die Ernennung verweigern, würde er gegen ein partikularrechtliches Dekret aus dem Jahre 1918 wie auch gegen das universalkirchliche Patronats- und Präsentationsrecht verstossen. Seite 2

Integration mit Vorteilen

Vor Jahren hat sich der Historische Verein bereits erstmals mit der Loslösung des Bereiches Archäologie vom Verein befasst. Um in organisatorischer Hinsicht nun eine dauerhafte Lösung zu realisieren, soll die Archäologie neu in die Amtsstelle Hochbauamt eingegliedert werden, und zwar auf derselben Ebene wie der Denkmalschutz. Seite 3

Ethisch verantwortlich

Chancen und Risiken der Gentechnologie spalten die Menschen heute in zwei Lager. Sehen Befürworter beispielsweise die Möglichkeit der Heilung von Krankheiten, kontern Gegner mit der Befürchtung von irreparablen Schäden an Mensch und Natur. Der Umgang mit gentechnisch veränderten oder pathogenen Organismen soll nun in Liechtenstein per Gesetz geregelt werden. Seite 7

Liechtensteinische Skin-Heads ermittelt

Die Identität der liechtensteinischen Skins, die am vorletzten Wochenende in Feldkirch Disco-Besucher traktiert und verletzt haben, steht mit grösster Sicherheit fest. Das gab Hans Meier, Sprecher der Landespolizei, auf Anfrage von Radio L bekannt. Die Verdächtigen konnten allerdings zur Sache bis gestern Abend noch nicht befragt werden.

FBPL-Abklärungen bestätigt

Landtag kann die FBPL-Volksinitiative in Behandlung ziehen

«Die Regierung kommt unter Abwägung aller Umstände zum Schluss», heisst es im Regierungsbericht an das Parlament, «dass die Gesetzesinitiative zur Unterschriftensammlung und zu einer allfälligen späteren Volksabstimmung zugelassen werden kann.» Die Abklärungen der FBPL über die Verfassungsmässigkeit der Volksinitiative «Krankenversicherung» wurden damit bestätigt und als richtig befunden. Der Landtag kann diese Woche noch darüber befinden.

Die VU-Regierung war sich offenbar bewusst, nachdem erste Ankündigungen noch andere Interpretationen zugelassen hatten, dass eine Volksinitiative nicht mit juristischen Spitzfindigkeiten verhindert oder verzögert werden sollte. Die

lateinisch gehaltene Argumentation «in dubio pro populo» – im Zweifel für das Volk – zumindest weist darauf hin. Der ausformulierte Gesetzesvorschlag, der finanzielle Entlastungen bei den Krankenkassenprämien für Familien mit Kindern und weiteren Personen in wirtschaftlich angespannter Situation bringen wird, hat die im Volksrechtgesetz seit 1992 enthaltene Vorprüfung problemlos überstanden. Die von der FBPL vorgenommenen Abklärungen haben sich als zutreffend erwiesen, womit der Behandlung im Landtag – diesen Mittwoch oder Donnerstag – nichts mehr im Wege steht. Die Regierung bestätigte die Einhaltung der massgeblichen Kriterien wie Einheit der Form und der Materie, Übereinstimmung mit bestehenden Staatsverträgen, macht aber gewisse Anmerkungen in bezug auf den Bedeckungsvorschlag. Die FBPL-Volksinitiative soll über eine teil-

weise Zweckbindung der zusätzlichen Mittel aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert werden, was nach vorliegenden Berechnungen pro Jahr rund 17 Millionen Franken ausmachen wird. Der Berechnung der innerstaatlichen Kosten in dieser Grössenordnung stimmt die Regierung zu, macht aber auf die Versicherungsmöglichkeiten für Grenzgänger in Liechtenstein aufmerksam. Die Möglichkeit, dass aufgrund der gesteigerten Attraktivität des Krankenversicherungsgesetzes Grenzgänger aus dem EWR-Raum in die in Liechtenstein domizilierten Versicherungen wechseln könnten, hält die Regierung in ihrem Bericht kritisch fest, werde vernachlässigt: «Alleine, wenn die heute schon in Liechtenstein tätigen 5000 Grenzgänger berücksichtigt werden, so kann dies ein Mehraufwand von einigen Millionen Franken bedeuten.» Auch die Finanzplanung für die nächsten

Jahre könnten die Auswirkungen der FBPL-Initiative tangieren, bemängelt die Regierung. In ihrem Bericht unterstreicht die Regierung die bereits früher geäusserte Befürchtung, dass möglicherweise geplante Projekte nicht fristgerecht erstellt werden könnten oder zurückgestellt werden müssten. Allerdings wird die Finanzhoheit des Landtags nicht ganz ausser acht gelassen: «Man kann aber durchaus argumentieren, dass der Landtag als Inhaber der Budgethoheit dann eben im Nachhinein verschiedene Projekte streichen oder verschieben müsste, um die mehr als 17 Millionen Franken, welche die Initiative kostet, zu ermöglichen.

Offen bleibt, wie die Regierung ihr Budget und ihre Finanzplanung gemacht hätte, wenn über die Mehrwertsteuer nicht plötzlich rund 20 Millionen Franken zusätzlich in die Staatskasse geflossen wären. Günther Meier



LIHGA 1998

Seit neun Tagen im Auto

Am Montag morgen wurde der Opel Corsa vom LIHGA-Gelände zur Neugut-Garage nach Vaduz verfrachtet. Wie Silvio Bühler von der Radio-L-Werbe AG auf Anfrage erklärte, befinden sich die Insassen bei bester Gesundheit. Jedermann ist herzlich eingeladen, der Neugut-Garage einen Besuch abzustatten, denn jeder Gast kann gegen eine Spende, die vollumfänglich der Krebshilfe Liechtenstein zugute kommt, an einem Wettbewerb teilnehmen. Geschätzt werden muss die Anzahl Stunden, die der Favorit gesamthaft im Auto sitzt. Zu gewinnen gibt es Eintritte zum Gospelabend, der im Vaduzersaal stattfindet. Auch die Auto-Sitzer Rita, Alan und Harald freuen sich auf jeden Besuch. Weitere rückblickende LIHGA Impressionen auf der Seite 9

Verkehrskonferenz

Wettbewerb verschlimmert Verkehrsprobleme

FELDKIRCH: Die Lösung der europäischen Verkehrsprobleme sei nicht durch Strassen- und Bahnbau, sondern erst nach grundsätzlicher Änderung der Wirtschaftsstrukturen möglich. Dies betonten Vertreter der Grünen am Montag im Vorfeld des EU-Verkehrsmistertreffens im vorarlbergischen Feldkirch.

Von einem entfesselten Wettbewerb verursachte externe (Umwelt) Kosten würden auf die Gesellschaft abgeschoben. Kostenwahrheit für den Verkehr sei daher bei weitem nicht vorhanden, wurde an der grünen Verkehrskonferenz «Mobilität für das 21. Jahrhundert – Von der gescheiterten Verkehrspolitik zur nachhaltigen Regionalwirtschaft» erklärt. So vertrat Stefanie Böge vom Wuppertaler Institut für Kli-

ma, Umwelt und Energie die These, Veränderte Wirtschafts- und Konsumweisen, die sich an regionalen und saisonalen Potentialen orientierten, trügen nicht nur zu einer Verringerung des Transportaufwandes bei, sondern führten auch zu einer Erhöhung der Auswahlmöglichkeiten und einer verbesserten Qualität der Produkte. Strassenbau sei als Mittel der Beschäftigungssicherung ungeeignet, behauptete Stephan Brückl vom Süddeutschen Institut für nachhaltiges Wirtschaften, Augsburg. Eine Senkung der Transportwiderstände durch die Errichtung neuer Strassen könne sogar zu Arbeitsplatzverlusten führen. Beim alpenquerenden Güterverkehr forderten die Grünen eine Ausdehnung des Wochenend- und Nachtverkehrsverbotes in der EU.

Livesendung abgesagt

SF DRS sagt «Eiger-Nordwand live» ab

ZÜRICH: Die Sendung «Eiger-Nordwand live» von Schweizer Fernsehen DRS ist für dieses Jahr abgesagt. Wie SF DRS am Montag Abend mitteilte, erlauben die Wetteraussichten und der Zustand der Wand keine Live-Übertragung. Der Beschluss wurde von den Grindelwaldner Bergsteigern und Helikopterpiloten gefasst.

Für das Zeitfenster, das sich das Fernsehen bis zum 19. September setzte, sei keine markante Verbesserung der Verhältnisse zu erwarten, teilte das Fernsehen mit. Laut Godi Egger, dem Projektleiter Grindelwald, dürften die von SF DRS formulierten Verhältnisse in diesem Herbst nicht mehr eintreffen. Für die Live-Übertragung hätte das Fernsehen eine stabile Schönwetter-

terlage für drei bis vier Tage und rund um die Uhr Minustemperaturen in der Wand benötigt. Zur Zeit liegt in der Eiger-Nordwand Neuschnee. Der Leiter der Meteorredaktion bei SF DRS, Thomas Bucheli, erklärte laut Communiqué, eine solche Wetterlage sei ungewöhnlich. Zuerst hätten drei Hurrikane instabiles und warmes Wetter gebracht, dann sei der Winter in den Alpen unüblich früh eingebrochen. Bucheli hielt das gewählte Zeitfenster vom 28. August bis zum 19. September grundsätzlich für geeignet. In den letzten Jahren seien die formulierten Bedingungen in diesem Zeitraum regelmässig eingetroffen. Projektleiter Kurt Scaad sagte, SF DRS hätte die Live-Sendung gerne gemacht. Eine Bergbesteigung lasse sich aber nicht erzwingen.